

Von Sternstunden und Sternschnuppen

Quellen zur schweizerischen Aussenpolitik 1955–1958

Der neue, 20. Band der «Diplomatischen Dokumente der Schweiz» umfasst die Jahre 1955 bis 1958. Die sorgfältig edierten Quellen werfen Schlaglichter auf bekannte und weniger bekannte Kapitel der schweizerischen Diplomatie wie die Aktivitäten im Zusammenhang mit der Genfer Viermächtekonferenz und mit der Doppelkrise Suez/Ungarn 1956 oder das Verhältnis zur europäischen Integration.

Die Nützlichkeit der Neutralität werde wieder anerkannt, stellte Bundesrat Max Petitpierre an der Zusammenkunft der schweizerischen Gesandten im Herbst 1955 mit Befriedigung fest. Am 15. Mai jenes Jahres war der Staatsvertrag abgeschlossen worden, der Österreich wieder die volle Souveränität zurückgab. Voraussetzung dafür, dass neben den Westmächten auch die Sowjetunion in den Abzug ihrer Besetzungstruppen einwilligte, war die Garantie, dass Österreich nicht der Nato beitreten würde. Deshalb hatte sich Wien im Moskauer Memorandum vom 15. April 1955 verpflichtet, «immerwährend eine Neutralität der Art zu üben, wie sie von der Schweiz gehandhabt wird».

1955 – ein «annus mirabilis»

Kein Wunder, hob Aussenminister Petitpierre in seiner Ansprache diese indirekte Anerkennung der Neutralität durch die Grossmächte besonders hervor. In seine Zufriedenheit mischte sich jedoch auch Besorgnis: Mit der Neutralisierung Österreichs verliere die schweizerische Neutralität ihren einzigartigen Status. Dass damit die helvetische Interpretationshoheit über die Neutralität eingeschränkt wurde, beurteilte Petitpierre mit Blick auf den möglichen Beitritt Österreichs zur Uno als negativ. Die Schweiz dürfe sich nicht ins Schlepptau Österreichs begeben, stellte er klar. Es gebe keinen Anlass, den bisherigen aussenpolitischen Kurs zu ändern.

Petitpierres optimistische Beurteilung der schweizerischen Aussenpolitik schien Mitte der fünfziger Jahre gerechtfertigt. Seit dem Tod Stalins 1953 hatte sich die internationale Lage spürbar entspannt. Mehrfach stand die Schweiz in dieser Zeit im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. 1955 war eine Sternstunde für die helvetische Disponibilitätspolitik. Im Juli fand in Genf die Viermächtekonferenz statt, an der sich die Regierungschefs der USA, der Sowjetunion, Frankreichs und Grossbritanniens erstmals seit zehn Jahren wieder gemeinsam an einen Tisch

setzten. Im November trafen sich die Aussenminister dieser Länder erneut in der Rhonestadt, bereits im August war dort die internationale Atomenergiekonferenz abgehalten worden.

Für die Schweizer Aussenpolitik war 1955, wie schon 1954, ein «annus mirabilis», wie eine jüngere Studie konstatiert. Der «Geist von Genf» sei kein Phantom, sondern eine fruchtbare Idee, stellte der Generalsekretär des Eidgenössischen Politischen Departements (EPD, heute EDA), Alfred Zehnder, im November 1955 erfreut fest. Was die tatsächlichen Ergebnisse der Genfer Konferenzen betraf, gab man sich im EPD jedoch keinen Illusionen hin. Die Viermächtekonferenz sei vorbei, doch die drängenden Probleme wie die Deutschlandfrage seien immer noch ungelöst. Keine Seite sei zu irgendwelchen Konzessionen bereit gewesen, informierte Petitpierre im September die Schweizer Gesandten ermutigt.

Missglückte Krisendiplomatie

Der «Geist von Genf» stand auch einer der wohl spektakulärsten Initiativen Pate, welche der Bundesrat im Kalten Krieg lancierte. Im Herbst 1956 hatte sich die internationale Lage jäh verdüstert. Im Nahen Osten versuchten Grossbritannien und Frankreich, den von Ägypten nationalisierten Suezkanal wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Praktisch zeitgleich marschierten sowjetische Truppen in Ungarn ein und stürzten die Regierung des reformorientierten Premierministers Imre Nagy. Von der Gefahr eines drohenden Krieges überzeugt und mit der Absicht, der Öffentlichkeit seinen Einsatz für den Frieden zu demonstrieren, lud der Bundesrat am 6. November die Teilnehmer der Viermächtekonferenz sowie Indien als Vertreter der Blockfreienbewegung zu einer Friedenskonferenz nach Genf ein.

Die zwar gutgemeinte, aber aussenpolitisch schlecht abgestützte Initiative verglühte ergebnislos am diplomatischen Firmament. Ausser der UdSSR und Indien lehnten alle Parteien eine Teilnahme ab und gaben einer Vermittlung im

Rahmen der Uno den Vorzug. Die Euphorie des vorangegangenen Jahres war damit weitgehend verfliegen, in Bern musste man erkennen, dass der effektive Handlungsspielraum für schweizerische Gute Dienste sehr limitiert war.

Kooperation statt Integration in Europa

Im April 1955 informierte Gérard Bauer, der Leiter der schweizerischen Delegation bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OECE), das EPD über neue wirtschaftliche Integrationsprojekte in Europa. Diese würden in den nächsten Monaten die zentrifugalen Tendenzen in Westeuropa verstärken, prophezeite Bauer. Genau diese Dynamik bereitete Bundesrat Petitpierre Kopfzerbrechen. Die Integrationspläne, welche die Mitgliedstaaten der Montanunion seit der Messina-Konferenz im Juni 1955 verfolgten, dürften weder zu einer Diskriminierung der Schweiz noch zu einer wirtschaftlichen Spaltung Westeuropas führen, forderte der Aussenminister im März 1956.

In der Gretchenfrage, ob die Integration oder die zwischenstaatliche Kooperation der richtige Weg für Europa sei, optierte Bern eindeutig zugunsten letzteren Vorgehens. Eine Beteiligung an der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die

am 25. März 1957 mit der Unterzeichnung der Römer Verträge beschlossen wurde, war deshalb ausgeschlossen. Die Frage nach dem richtigen Verhältnis zur europäischen Integration sollte die Schweiz jedoch auch künftig nicht mehr loslassen.

Von der Edition zur Datenbank

Mit dem vorliegenden Band 20 der «Diplomatischen Dokumente der Schweiz» geht die zweite Serie von Quellenbänden dem Ende zu. Band 21 (angekündigt für 2006) wird die Zeit bis Juni 1961 abdecken und die anvisierte Untersuchungsperiode der «Ära Petitpierre» abschliessen. Eine Fortsetzung der Aktivitäten ist beabsichtigt, soll jedoch aus Kostengründen stärker als bisher auf die Datenbank «DoDiS» (www.dodis.ch) ausgerichtet sein. Bereits jetzt enthält diese über 5700 Dokumente sowie Informationen zu rund 20 000 Personen und Organisationen und hat sich als unentbehrliches Hilfsmittel für die Erforschung der schweizerischen Zeitgeschichte etabliert.

Daniel Trachslor

Antoine Fleury (Hg.): Diplomatische Dokumente der Schweiz, Band 20 (I. IV. 1955 – 28. II. 1958). Chronos-Verlag, Zürich 2004, 423 S., Fr. 60.–.